



7. Tagung der Nachwuchsgruppe Umweltsoziologie (NGU)

„Entscheidungen mit Umweltfolgen
zwischen Freiheit und Zwang“

Bericht

von Fenn Faber, Marion Jay,
Sabine Reinecke und Till Westermayer

17. – 18. September 2010

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

1. Einleitung

Wo Umweltsoziologie praktisch wird, sieht sie sich mit Fragen nach Handlungsspielräumen und Entscheidungen konfrontiert. Die Spannweite reicht von Appellen an das Konsumverhalten der BürgerInnen über lokale Projekte, beispielsweise der Landschafts- und Raumplanung, bis hin zu nationalen Strategien und internationalen Verhandlungen. Quer dazu werden vielfältige Politikfelder angeschnitten, ob es jetzt um den anthropogenen Klimawandel, den nachhaltigen Umgang mit begrenzten Ressourcen oder – im Jahr der Biodiversität 2010 mit besonderer Aufmerksamkeit versehen – den Schutz bedrohter Arten und Ökosysteme geht. Die Koordination zwischen dieser Vielzahl an Handlungs- und Politikebenen stellt Wissenschaft und Praxis vor große Herausforderungen. Erschwerend kommt hinzu, dass dabei häufig unter der Bedingung von Nichtwissen – oder unzureichenden Wissensbeständen – gehandelt und entschieden werden muss.

Unter dem Titel „Entscheidungen mit Umweltfolgen zwischen Freiheit und Zwang“ fand am 17. und 18. September 2010 die 7. Tagung der Nachwuchsgruppe Umweltsoziologie an der Universität Freiburg statt, zu der alle NachwuchswissenschaftlerInnen eingeladen waren, die sich in ihrer Forschung – von der Bachelor-Arbeit bis zum Post-doc-Projekt – mit diesem Thema beschäftigen. Folgende Leitfrage hatten wir dabei vorgegeben: *Wo liegen die naturalen, sozialen, politischen, technischen und ökonomischen Grenzen menschlicher Handlungsfreiheit in umweltbezogenen Entscheidungssituationen - und wie kann Umweltsoziologie damit methodisch und konzeptionell umgehen?*

Im Rahmen des „Call for Papers“ wurden davon abgeleitet folgende Schwerpunkte formuliert – Kernfragen, die dann auch im Rahmen der Beiträge sowie der anschließenden Diskussionen eine hervorgehobene Rolle gespielt haben:

- Wie können sozial eingebettete Entscheidungen und Entscheidungssituationen im Rahmen des gesellschaftlichen Umgangs mit „Umweltproblemen“ theoretisch konzeptionalisiert werden?
- Welche Methoden und Forschungsdesigns eignen sich dafür, die im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen antizipierten und wahrgenommenen Spielräume – zwischen Freiheit und Zwang – empirisch zu erfassen?
- Welche Rolle spielen normative Handlungsempfehlungen bei Entscheidungen unter Unsicherheit?
- Welchen Beitrag soll und kann die Umweltsoziologie leisten, um in angewandten umweltbezogenen Problemfeldern zu Entscheidungen zu kommen?

Die 7. NGU-Tagung wurde mit der Unterstützung der Graduiertenschule „Environment, Society and Global Change“, dem Institut für Forstökonomie, dem Institut für Forst- und Umweltpolitik sowie der Sektion Umweltsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie durchgeführt. Damit verband sich von Anfang an das Interesse, gerade auch interdisziplinären Sichtweisen und Projekten der angewandten Umweltsozialwissenschaft einen Raum zu geben. Im folgenden Bericht werden die Beiträge vorgestellt und zentrale Diskussionspunkte zusammengefasst.

2. Beiträge

2.1 Eröffnungsvortrag von Prof. Dr. Karl-Werner Brand

Karl-Werner Brand hat sich in seinen Arbeiten der letzten 20 Jahre – viele davon sind im Rahmen der Münchener Projektgruppe für Sozialforschung entstanden – unter anderem mit den „Neuen Sozialen Bewegungen“, mit ökologischen Diskurskonfigurationen und mit der Diffusion nachhaltiger Konsummuster und Praktiken befasst. Ein wiederkehrendes Thema ist dabei die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit dem Konzept Nachhaltiger Entwicklung als einer Herausforderung für die Soziologie; eine Auseinandersetzung, die Brand auch als Mitinitiator und damaliger Sprecher der Sektion Umweltsoziologie der DGS tatkräftig befördert hat.

Auf Einladung des Freiburger Organisationsteams hielt Karl-Werner Brand den Eröffnungsvortrag der 7. NGU-Tagung unter dem Titel „Rahmenbedingungen individueller und gesellschaftlicher Entscheidungen mit Umweltfolgen“. In einem ersten Schritt gab Brand einen Überblick über mögliche *theoretische Herangehensweisen* an diesen Themenkomplex, indem er zunächst auf einen soziologischen „common sense“ verwies, demnach Rationalitäten, Spielräume und Folgen von Entscheidungen unter anderem mittels sozialer Praktiken, kultureller Deutungsmuster und sozio-materiellen Konstellationen gesellschaftlich eingebettet seien. Nachdem Brand daran anknüpfend zwischen klassischen Denkschulen in diesem Zusammenhang differenzierte, konzentrierte er sich verstärkt auf aktuelle Formen der soziologischen Beobachtung sozialer Einbettung individueller und kollektiver Entscheidungen. Neben Giddens, Beck, Luhmann und Castells unterstrich Brand dabei aber auch die Relevanz marxistischer Deutungen sowie die Bedeutung der „post-colonial studies“.

In einem zweiten Schritt konzentrierte sich Brand auf die soziale Einbettung *umweltrelevanter Alltagsentscheidungen* am Beispiel des nachhaltigen Konsums. Gleich zu Beginn gab er zu bedenken, dass die sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeits- und Konsumforschung sich zu lange auf individuelles Verhalten und Lebensstile fokussiert habe. Stattdessen sei ein systemisches Verständnis von Konsum notwendig, in dessen Rahmen Konsum als ein ko-evolutionäres Produkt technischer, ökonomischer und sozio-kultureller Entwicklungen konzeptualisiert wird. Individuelles Konsumverhalten sei in fast allen Fällen an technische Funktionssysteme angekoppelt und in hochgradig differenzierte Produktions- und Distributionsketten eingebunden – was Brand am Beispiel der Pkw-Nutzung durchspielte.

Der gesellschaftlichen Einbettung *kollektiver Entscheidungen* widmete sich Brand – mit einem Schwerpunkt auf „Nachhaltigkeitspolitiken“ – in einem dritten und letzten Schritt. Brand zufolge ist das Leitbild nachhaltiger Entwicklung zur Verknüpfung ökologischer, sozialer und ökonomischer Problemlagen notwendig, habe sich allerdings in der Zwischenzeit zu einer inhaltlich beliebigen rhetorischen Leerformel entwickelt. Erstens stellte Brand eine Kommunikationsproblematik fest. Aufgrund der Produktionslogik der Massenmedien gäbe es höchstens im Rahmen von dramatisierenden Themen und Problemdebatten Gelegenheitsfenster für eine konsequentere, problembezogene Nachhaltigkeitspolitik. Zweitens stelle der (deutsche) Nachhaltigkeitsdiskurs ein äußerst kontrovers strukturiertes Diskursfeld mit konkurrierenden Konzeptionen von nachhaltiger Entwicklung dar. Drittens schaffe das Integrationspostulat des Nachhaltigkeitskonzepts, unter anderem wegen der Heterogenität und Widersprüchlichkeit von Akteursinteressen sowie der Selbst-referentialität gesellschaftlicher Teilsysteme, neue Koordinations- und Integrationsprobleme, für die neue institutionelle Lösungsansätze gefunden werden müssten. Ein vierter Punkt sei die Nichtwissens-

und Nebenfolgenproblematik, für die ebenfalls Problemlösungen – beispielsweise im Rahmen „rekursiver Lernprozesse“ an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik – gefunden werden müssten. Schließlich bedürfen Nachhaltigkeitspolitiken Brand zufolge angesichts tief verwurzelter bestehender Denkweisen und Alltagsroutinen der Ergänzung durch themenspezifische Kampagnen und Protestmobilisierungen. Zentrale Aufgaben von Umweltbewegungen seien in diesem Kontext deswegen die Delegitimierung etablierter Praktiken, die Durchsetzung neuer Problemrahmungen, die Herstellung neuer Diskurs- und Akteurskoalitionen, die Erprobung neuer Praktiken sowie das Monitoring von Nachhaltigkeitspolitiken.

2.2 Block 1: „Entscheidungen mit Risiken und Nebenwirkungen“

Der erste Block stand ganz im Zeichen von „Risiken und Nebenwirkungen“ im Zusammenhang von Entscheidungen mit Umweltfolgen. Die Themen der Beiträge waren: Umgang mit Nichtwissen im Rahmen von Entscheidungsprozessen über Altlastensanierung, lokale Konflikte um Agro-Gentechnik sowie der gesellschaftliche Umgang mit radioaktiven Abfällen im Ländervergleich Deutschland-Schweiz.

Alena Bleicher (UFZ Leipzig) beschäftigte sich in ihrem Vortrag „Abenteuer Altlast – Umgang mit Nichtwissen in Entscheidungsprozessen“ mit der Frage, wie an der Sanierung von kontaminierten Flächen beteiligte Akteure ihr Nichtwissen reflektieren und dieses aktiv in Entscheidungsprozesse einbinden können. Weltweit würden, so Bleicher, komplexe Schadstoffgemische aus vorangegangener industrieller oder militärischer Nutzung Umwelt- und Gesundheitsrisiken darstellen. Obwohl jeder Sanierungsmaßnahme detaillierte Erkundungsmaßnahmen vorausgehen würden, seien Überraschungen aufgrund unbekannter Altlasten im Verlauf entsprechender Projekte allerdings „normal“. Diese Ereignisse würden von den Beteiligten nämlich nicht als Fehlschläge verstanden werden, vielmehr würden sie sich auf den Umgang mit dem unvermeidlichen Nichtwissen einstellen. In ihrem Vortrag konzentrierte sich die Referentin dabei auf Entscheidungssituationen, bei denen es als legitim angesehen wird, trotz unvollständigen Wissens zu entscheiden. *Welche Strategien entwickeln diese Akteure nun, um mit erwartbaren Überraschungen umzugehen?* Alena Bleicher stellt bei der Beantwortung dieser Frage die explizite Anerkennung des Nichtwissens in Entscheidungsprozessen und damit eine offenere Einstellung gegenüber erwartbaren Überraschungen in den Mittelpunkt. Dies sei eine zentrale Voraussetzung dafür, Handlungsspielräume in Situationen unvollständigen Wissens zu schaffen, um schließlich tragfähige Entscheidungen treffen zu können.

„Der gesellschaftliche Umgang mit radioaktiven Abfällen – ein Ländervergleich“ war Thema des Vortrags von **Sophie Kuppler** (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im KIT). Ausgehend von der Feststellung, dass die bestehenden institutionellen Arrangements zur Lösung des Abfallproblems zwar historisch betrachtet relativ früh entstanden seien, diese aber für den Umgang mit den *gesellschaftlichen* Aspekten – man denke an den Widerstand der Bevölkerung gegen Endlagerstandorte – nicht gerüstet seien, stellte Kuppler folgende Frage in den Mittelpunkt ihrer Präsentation: *Welche Effekte haben deliberative Verfahren im Rahmen von Endlagerungsstandorten von Atommüll auf bestehende institutionelle Arrangements und die politische Entscheidungsfindung?* Die ursprüngliche Aufgabe dieser Arrangements sei die Klärung der *technisch-naturwissenschaftlichen* Frage der Endlagersicherheit gewesen – nicht aber die Berücksichtigung der Komplexität des jeweiligen politischen Systems zur Entscheidungsfindung. Kuppler präsentierte ein

Forschungsdesign, bei dem sie einen Schwerpunkt auf die Zwänge legte, die sich hauptsächlich aus der Komplexität des Problems und der damit verbundenen Unsicherheiten ergeben würden. Daran anknüpfend stellte sie den von ihr im Rahmen ihrer Dissertation geplanten empirischen Ländervergleich Deutschland – Schweiz vor, indem sie die gesellschaftliche Einbettung der Endlagerfrage in beiden Ländern skizzierte. Ihr Hauptaugenmerk lag dabei auf der Frage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit komplexen, potentiell Umwelt und Gesellschaft gefährdenden Technikfolgen in der politischen Entscheidungsvorbereitung und -findung.

„Wie können lokale Konflikte um Agro-Gentechnik als Konflikte um die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse theoretisch konzeptionalisiert und empirisch untersucht werden?“. Diese programmatische Frage stellte sich **Beate Friedrich** (Leuphana Universität Lüneburg) im Rahmen des letzten Vortrags des ersten Blocks. Sind gentechnisch veränderte Pflanzen erst einmal zum kommerziellen Anbau zugelassen, würden Entscheidungen pro oder contra Agro-Gentechnik, Friedrich zufolge, zwar individuell getroffen. Dabei gehe es allerdings immer auch um Entscheidungen für bestimmte gesellschaftliche Naturverhältnisse. Zudem seien vielerorts soziale Konflikte die Folge von Entscheidungen für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Im Rahmen ihres Vortrags präsentierte Friedrich auf einer theoretischen Ebene Verbindungslinien zwischen der Konfliktforschung und der sozial-ökologischen Forschung als Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Auf einer empirischen Ebene stellte sie einen Vorschlag vor, wie lokale Konflikte um Agro-Gentechnik als Konflikte um die Gestaltung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen am Beispiel des Anbaus von MON810 untersucht werden können. Friedrich möchte sich im Rahmen des empirischen Teils ihres Forschungsvorhabens auf drei Regionen Deutschlands zwischen 2005 und 2008 – in diesem Zeitraum war in Deutschland der kommerzielle Anbau von MON810 erlaubt – konzentrieren und dabei insbesondere die Rolle von Natur- und Politikverständnissen als zentrale Momente der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse analysieren. Von dem auf der NGU-Tagung vorgestellten Forschungsdesign erhofft sie sich, zur Erhellung des Konflikts – insbesondere hinsichtlich der Handlungsfähigkeit in zukünftigen lokalen Konflikten um Agro-Gentechnik im Spannungsfeld von Freiheit und Zwang – beitragen zu können.

Der Block wurde von Dr. **Roderich v. Detten** (Institut für Forstökonomie, Universität Freiburg) kommentiert, der die Frage nach einem adäquaten gesellschaftlichen Umgang mit irreduzibler Unsicherheit als zentrales Problem aller drei beschriebenen Umweltkonflikte herausarbeitete und nach dem Beitrag fragte, den die Umweltsoziologie zu dessen Bearbeitung leisten kann.

2.3 Block 2: „Nachhaltige Praktiken“

Der zweite Block des ersten Veranstaltungstages vereinte zwei Beiträge, die sich aus jeweils unterschiedlicher Perspektive, zum einen aus primär makroökonomischer und zum anderen aus mikro- und milieusoziologischer Sicht, der Frage nachhaltigen Konsumverhaltens näherten.

Järmo Stablo, der an der Universität Freiburg im Zentrum für Erneuerbare Energien (ZEE) zum Thema Energieeinsparverhalten in Regionen mit EE-Selbstversorgungszielen promoviert, geht in diesem Zusammenhang der Frage nach, wie das bestehende fossil-atomar geprägte Energiesystem in ein nachhaltige(re)s überführt werden kann. Sein Tagungsaufsatz mit dem Titel „Anstoß zu einer sozialökologischen Transformation des Energiesystems durch Regionen mit dem Ziel der Selbstversorgung mit Erneuerbaren Energien“ steht damit in einer Reihe mit Diskussionsbeiträgen, die

unter dem Begriff „Green New Deal“ Strategien zur Entkoppelung wirtschaftlichen Wachstums von Ressourcenverbrauch behandeln. Während eine Vielzahl von Aufsätzen zum Thema die öffentliche Präferenz wiedergeben, der nach eine duale Strategie der (1) Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energieträger sowie (2) der Steigerung der Energieeffizienz zu verfolgen sei, fordert Stablo die Erweiterung dieser Nachhaltigkeitsstrategie um das Konzept der Suffizienz als dritte und komplementäre *conditio sine qua non* ein. Nur mit der gleichzeitigen Verfolgung der Suffizienzstrategie, die einen Wandel hin zu individuellen Konsum- und Verhaltensmustern impliziert, die das materiell „Ausreichende“ betonen, ließen sich, so sein Urteil, insbesondere die potentielle Energieeinsparungen aufzehrenden Reboundeffekte verhindern. In diesem Zusammenhang arbeitete Stablo die Nichtintegrierbarkeit der Suffizienzstrategie in das vorherrschende rein ökonomische Wachstumsparadigma heraus, das Nachhaltigkeit weiterhin an einer kontinuierlichen Steigerung des Lebensstandards, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), orientiert, nicht jedoch an sozial und ökologisch unterfütterter und entschleunigter Lebensqualität oder an inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit. Die Komponente der Suffizienz in der Nachhaltigkeitsstrategie – für Energiesysteme und darüber hinausgehend – setzt aber, so Stablo, eine Veränderung der bestehenden Wirtschaftsordnung in eine gemeinschaftliche und solidarische Ökonomie voraus, die vermag, regionale Selbstverwaltung und Subsistenz mit monetär vermittelter Versorgung über globale Märkte sowie bezahlte Erwerbsarbeit mit gemeinschaftlich orientiertem Engagement in Einklang zu bringen. Vor dem Hintergrund des begrenzten gesamtsystemischen Transformierbarkeitspotentials der Volkswirtschaft stellt Järmo Stablo weitergehend die Frage nach den spezifischen, regionalen Ansatzpunkten im Energiebereich für eine derartige sozialökologische Transformation. Diesbezüglich wird sein Dissertationsvorhaben die Rolle konkreter Energieselbstversorgungsinitiativen als potentielle Kristallisationskerne eines nachhaltigen Energiesystems weitergehend untersuchen.

Einen Blick „von unten“, d.h. durch eine mikrosoziologische Brille, in alltägliche Nutzungspraktiken von Mobiltelefonen in sog. Nachhaltigkeitsmilieus unternimmt **Till Westermayer**, der am Institut für Soziologie der Universität Freiburg zum Thema „Technik und Alltagskultur in Nachhaltigkeitsmilieus“ promoviert. Das Gesamtvorhaben hat die Erforschung nachhaltiger Lebensweisen aus technik- und kultursoziologischer Sicht zum Ziel. Sein spezifischer Beitrag im Rahmen der NGU-Tagung versucht, die scheinbar dem Bild des Nachhaltigkeitsmilieus widersprechende Verbreitung des Mobiltelefons in postmaterialistischen Nachhaltigkeitsmilieus aus praxistheoretischer Perspektive zu beleuchten. Anhand von drei Fallbeispielen zeichnet er die Genese der Aneignung sowie die Stabilisierung und Veränderung der Nutzung dieses technischen Artefakts innerhalb eines *qua definitionem* erwartbar technikskeptische(re)n Milieus nach. Dabei zeigt Westermayer ganz unterschiedliche, gar heterodoxe „Nachhaltigkeitsstrategien“ seiner Interviewpartner auf, die mit der Widersprüchlichkeit zwischen der eigenen ablehnenden Werthaltung gegenüber dem technischen Artefakt als solchem (z.B. wegen der wahrgenommenen Gesundheitsrisiken oder Kommunikationsnormen) und den gesellschaftlichen „Sachzwängen“ umzugehen versuchen.

Neben dem bewussten Verzicht wird dabei u.a. das „Mobiltelefonsharing“, die minimierte Nutzung oder die Delegation der Nachhaltigkeit „ins Gerät“ praktiziert, um die neue Technik an die jeweils eigenen, aber auch an soziale Erwartungen und Zielvorgaben anzupassen. Ausgehend von den Erzählungen der Befragten macht Westermayer im Sinne der Akteur-Netzwerk-Theorie das komplexe soziotechnische Geflecht von menschlichen und nicht-menschlichen Aktanten „sichtbar“, welches die

Praktik der mobilen Kommunikation erst ermöglicht. Dieses umfasst neben physischen Entitäten (wie die Funktechnik in und außerhalb des Gerätes) Symbole und Deutungen (wie gesellschaftliche Erreichbarkeitserwartungen oder der Risikodiskurs) auch die individuellen Kompetenzen und Handlungstechniken (wie die Handhabung des Gerätes). Als mehr oder minder potentiell passungsfähige „Partner“ sind sie schließlich – so Westermayer – maßgeblich dafür, ob die Praktik des Mobiltelefonierens auch ökologisch und sozial nachhaltig geschieht oder nicht. Während das „smarte Nachhaltigkeitstelefon“ zur ökologischen Optimierung des individuellen Alltags noch auf sich warten lässt, entziehen sich demgegenüber so manche Nachhaltigkeitseffekte, die direkt oder indirekt an die Geräteherstellung, das Betreibernetz oder etwa das Vertragsdesign geknüpft sind, dem unmittelbaren Gestaltungsspielraum der individuellen (nachhaltigen) Praktik.

Die Kommentierung dieses Blocks übernahm Prof. Dr. **Karl Werner-Brand**.

2.4 Block 3: „Online-Kommunikation und nachhaltige Entwicklung“

Gemeinsames Thema der beiden Vorträge im dritten Block war der Blick auf das Medium der Online-Kommunikation in umweltbezogenen Entscheidungszusammenhängen.

Der Umweltkommunikationswissenschaftler **Daniel Schulz**, der an der Leuphana-Universität Lüneburg zum Vortragsthema promoviert, widmete sich unter der Überschrift *„Social Media, Partizipation, Nachhaltige Entwicklung“* der Frage, welche Funktion Online-Kommunikation insbesondere im Sinne des „Web 2.0“ für nachhaltigkeitsbezogene Partizipationsprozesse einnehmen kann. Partizipation in der ganzen damit verbundenen Vielschichtigkeit von der politischen Deliberation bis hin zum strategischen Konsum stellt für Schulz ein Kernelement der Entscheidungsfindung im Rahmen nachhaltiger Entwicklung dar. Der Schwerpunkt seiner Forschung liegt dabei auf Web-2.0-Angeboten. Diese werden ermöglicht durch technische Entwicklungen (dynamische Inhaltsdarbietung, Multimedia), aber auch durch sozioökonomische Entwicklung (das Bild des „aktiven Nutzers“ und auf „user generated content“ aufbauende Geschäftsmodelle). Typisch für das Web 2.0 sind dabei Kommunikationsprozesse, die einzelne Kanäle/Plattformen überspannen. In einer ersten Bestandsaufnahme konnte Schulz im deutschsprachigen Raum 19 Web-Formate identifizieren, die explizit auf Nutzerpartizipation im Themenfeld „Nachhaltige Entwicklung“ ausgelegt sind – Beispiele dafür sind utopia.de oder bewegung.taz.de. Ausgehend von dieser Bestandsaufnahme erläuterte Schulz sein Forschungsthema: die Frage danach, wie partizipative Kommunikationsprozesse (bisher eher im „face-to-face“-Bereich untersucht) in webbasierten Formaten ablaufen. Einen Schwerpunkt legte er dabei auf einen „dritten Weg“ zwischen einseitig auf bestimmte Formate/Kanäle bzw. einseitig auf bestimmte Inhalte fokussierten Forschungsansätzen; sein Ziel ist vielmehr eine Analyse der entstehenden Kommunikationsstrukturen und Nutzungspraktiken.

Der zweite Vortrag im Block „Onlinekommunikation und nachhaltige Entwicklung“ wurde von **Boris Woynowski** gehalten. Woynowski ist Diplomand am Zentrum für Erneuerbare Energien der Universität Freiburg. Im Rahmen der Projekte „EE-Regionen – Sozialökologie der Selbstversorgung“ und „100%-EE-Regionen“ ging es in seinem auf der dortigen Tätigkeit beruhenden Vortrag *„Online denken, lokal handeln“* um die Frage, wie „change agents“ in Regionen, die auf Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien setzen, online kommunizieren. „Change agents“ sind dabei lokal verankerte AkteurInnen, deren Wissen und Handlungskompetenz den Strukturwandel in derartigen Regionen vorantreiben. Online-Medien sieht Woynowski dabei als mögliche „Räume“ für kommunikative

Interaktionen und für den Wissenstransfer bzw. die Wissensdiffusion, die allerdings sowohl vorteilhafte als auch eher negative Eigenschaften für nachhaltige Transformationsprozesse in sich vereinen – etwa geringe Transaktionskosten und eine dezentrale Struktur auf der positiven Seite; Nutzungsbarrieren, Fragen des ökologischen Impacts und des Datenschutzes auf der negativen Seite. Mit Hilty¹ lassen sich zudem unterschiedliche Wirkungsebenen identifizieren, auf denen Onlinemedien „Teil der Lösung“ bzw. „Teil des Problems“ nachhaltiger Entwicklung darstellen. Ein Beispiel dafür wäre die vermutete „Hebelwirkung“ im Einsatz für die hier betrachteten regionalen Transformationsprozesse. Neben diesen Forschungshintergründen stellte Woynowski das Konzept seiner empirischen Erhebung vor, einer über das Portal www.onlineumfragen.com organisierten standardisierten Befragung von vor-ausgewählten „change agents“ zu deren Medienwahlverhalten und -nutzung, aber auch zu deren Einschätzung der Potentiale von Onlinekommunikation für die Entwicklung der jeweiligen EE-Region.

Schwerpunkte der durch einen Kommentar von Dr. **Felix J. Schrape** (Medien- und Organisationssoziologe an der Universität Stuttgart) eingeleiteten Diskussion waren die Nutzungsgruppen nachhaltigkeitsbezogener Onlinekommunikation (wer ist (aktiv) online – wer nicht – wie und wo überlappen sich Teilöffentlichkeiten) und unterschiedliche Einschätzungen der damit verbundenen Potentiale für eine Nachhaltige Entwicklung. Kritisch diskutiert wurden zu erwartende Selektionseffekte bei der Verwendung von Onlinebefragungen, um die Mediennutzung zu untersuchen. Zudem wurde danach gefragt, ob es überhaupt sinnvoll sei, scharf zwischen verschiedenen medialen Kanälen/Formaten zu unterscheiden, oder ob nicht eher medienübergreifende Kommunikations- und Partizipationsprozesse wissenschaftlich zu verfolgen wären – also die Frage nach der Interaktion zwischen verschiedenen Onlineformaten, Massenmedien und der (medienunabhängigen) 1:1-Kommunikation und nach der Formation und Aufrechterhaltung bestimmter Diskurse und kommunikativer Rahmungen. Abschließend ist in Bezug auf das übergreifende Thema der Entscheidungen mit Umweltfolgen das Zusammenwirken von Partizipation, Kommunikation im Sinne einer Wissensverbreitung und dem Zustandekommen von umweltbezogenen Entscheidungen zu benennen.

2.5 Block 4: „Klimawandel – Entscheidungsspielräume und -grenzen“

Den Block mit thematischem Schwerpunkt „Klimawandel“ eröffnete **Steffen Biller** mit einem Vortrag zum medial vermittelten waldbezogenen Klimadiskurs. Er stellte Ergebnisse seiner an der Universität Freiburg verfassten Diplomarbeit vor, in der er eine wissenssoziologische Analyse des Klimadiskurses in überregional erscheinenden deutschen Qualitätszeitungen unternommen hatte. Entsprechend der Einbettung der Arbeit an der Fakultät für Forst- und Umweltwissenschaften, lag dabei der Fokus auf dem Waldbezug im Klimadiskurs: Sind Wald- und Klimadiskurs medial verknüpft? Biller konzentrierte seine Analyse auf zwei Gruppen von Akteuren, die den klassischen forstlichen Diskurs entscheidend prägen, nämlich die Forstwirtschaft und den Naturschutz. Diese zwei Akteure vertreten konkurrente Positionen im waldpolitischen Diskurs: Wie spiegeln sich diese jedoch im Klimadiskurs in Deutschland wider? Um diese Frage zu beantworten, untersuchte er Artikel aus einer regionalen (*Sächsische Zeitung*, als Vergleich) und aus vier überregionalen Tageszeitungen (*Frankfurter*

¹ **Hilty**, Lorenz M. (2008): Information Technology and Sustainability. Essays on the Relationship between Information Technology and Sustainable Development. Norderstedt: BOD.

Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung sowie *Die Welt*), zwei Sonntagsausgaben (*Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und *Welt am Sonntag*) und drei wöchentlich erscheinende Zeitungen und Zeitschriften (*Focus, Der Spiegel* und *Die Zeit*) für die Jahre 2001 resp. 2009. Für das Jahr 2001 zeigt die Analyse, dass das Klima nur als Randthema im Walddiskurs angesprochen wird und umgekehrt auch im Klimadiskurs der Wald nur am Rande vorkommt. Die Akteure der Forstwirtschaft und des Naturschutzes werden von den Medien nur im Walddiskurs als zentral dargestellt. Im Jahr 2009 hat sich die Perspektive auf den Wald im Klimadiskurs von einer Wahrnehmung des Waldes als „Klimaschützer“ hin zum „Klimapatient“ geändert. Die Ergebnisse lassen eine Etablierung des waldbezogenen Klimadiskurses zwischen 2001 und 2009 als eigenständiges Themenfeld in den Medien erkennen.

Im zweiten Vortrag ging es ebenfalls um die Position verschiedener Akteure zur Klimathematik, jedoch aus einer anderen Perspektive: **Martin Hirschnitz-Garbers** (Universität Greifswald) stellte unter dem Titel „Klimawandelanpassung in drei deutschen Biosphärenreservaten – was hemmt und was unterstützt Entscheidungen pro Anpassung?“ einige vorläufige Ergebnisse seiner Forschung an der Universität Greifswald vor. Dabei erläuterte er zunächst den begrifflichen Rahmen seiner Untersuchung: Klimawandelanpassung wählte er als zentrales Konzept aus, um die Spielräume von klimabezogenen Entscheidungen bestimmter Akteure zu untersuchen. In diesem Rahmen werden zwei Kategorien von Anpassungsbarrieren unterschieden, zum einen exogene (physisch-ökologische, ökonomische technologische), zum anderen endogene, also sozial oder sozial-psychologisch konstruierte Barrieren. Mit diesem analytischen Gerüst untersuchte Hirschnitz-Garbers in drei Fallstudien (Biosphärenreservate Mittelelbe, Schaalsee und Südostrügen) hemmende und fördernde Faktoren einer Anpassung an den Klimawandel. Er suchte entsprechend nach einem adäquaten Analysekonzept sowie konkreter Handlungsoptionen, um bestehende Barrieren abzubauen. Dazu führte er 65 offene, leitfadengestützte Interviews mit Experten aus den drei Fallstudiengebieten. Die Ergebnisse zeigen, dass die entscheidungsbeeinflussenden Faktoren in drei Schlüsselkategorien eingeteilt werden können: zum einen die Klimawandelwahrnehmung als sozial konstruierter Faktor, zum zweiten die bestehenden Rahmenbedingungen, die externe (rechtliche, politische und sozio-ökonomische) Faktoren darstellen, und zum dritten die Governancestrukturen, unter anderem das Vorhandensein oder die Abwesenheit von funktionierenden Interaktion zwischen Akteuren. Auf diesen Ergebnissen aufbauend soll ein Analysekonzept entwickelt werden, dessen Umriss Hirschnitz-Garbers kurz skizzierte. In seinen Schlussfolgerungen plädierte er letztlich für Mainstreaming im Bereich von Klimawandelanpassungsstrategien, d.h. für die Integration von Klimawandel in bestehende Entwicklungsprozesse und -politiken. Damit würden synergetische Effekte erzielt, Klimawandelskepsis erfolgreich „ausmanövriert“ und die Kompatibilität im Rahmen der Nachhaltigkeitstransition gewährleistet.

Kommentiert wurde dieser Block von Prof. Dr. **Michael Pregernig** (Universität Freiburg), der unter anderem die zugespitzte Frage danach stellte, ob angesichts der ganz unterschiedlichen Klimawandel-Thematisierungen nicht längst so etwas wie eine eigenständige „Klimasozioologie“ notwendig sei.

2.6 Block 5: „Wahrnehmung von und Beteiligung an Entscheidungen“

Im letzten Block der Tagung stellte zunächst **Manuel Thiel** von der Universität Göttingen einige Ergebnisse einer eigenen empirischen Arbeit unter dem Titel „Bewertung von Grüner Gentechnik: die

Rolle von Umweltfolgen und Verantwortung“ vor. Den Ausgangspunkt dieser Arbeit bildete die bislang wenig differenzierte Betrachtung der öffentlichen Bewertung von grüner Gentechnik: Eine allgemeine Ablehnung der Gesellschaft wird in diesem Bereich skizziert, ohne jedoch auf die Gründe näher einzugehen und womöglich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu unterscheiden. Um diese Lücke zu füllen, wurde eine bundesweite empirische Studie durchgeführt. 3500 Fragebögen wurden an zufällig ausgewählte Haushalte postalisch versandt. Davon wurden etwa 19 % zurückgeschickt, so dass Ergebnisse über 623 Haushalte vorliegen. Die im Fragebogen angesprochenen Themen betrafen fünf Bereiche: Information und Wissen, allgemeine Einstellungen zu Grüner Gentechnik, Grüne Gentechnik und Lebensmittel sowie Vertrauen in und Verantwortung von Staat und Produzenten. In seinem Vortrag zeigte Thiel ein differenziertes Bild der öffentlichen Meinung zu Grüner Gentechnik. Zum Einen konnte die kritische Haltung der Bevölkerung bestätigt werden. Zum Anderen zeigen die Ergebnisse, dass lediglich 20% der Befragten alle Wissensfragen richtig beantworten konnten, und dass viele sich auch unzureichend informiert fühlen. Diese Unsicherheiten bestimmen auch die weiteren Einstellungen zu Grüner Gentechnik: Insgesamt wird die Technik als risikoträchtig und unsicher gesehen, dabei spielt vor allem die Bewertung von Umweltfolgen eine bedeutende Rolle. Für den Großteil der Bevölkerung liegen Verantwortung für Kontrollen sowie Schutz vor negativen Auswirkungen sowohl beim Staat als auch bei den Herstellern. Allerdings ist das Vertrauen in den Staat zur Erfüllung dieser Aufgaben deutlich höher, wenn auch nur mäßig, ausgeprägt. Aus der Erkenntnis heraus, dass in der Bevölkerung ein hoher Anteil an Unentschlossenen vorliegt sowie solchen, die über nur wenig Wissen zum Thema verfügen, plädiert Thiel für eine Betrachtung dieses heterodoxen öffentlichen Meinungsbildes als Ausdruck eines anhaltenden Meinungsbildungsprozesses, der von pauschaler Ablehnung zu differenzieren ist.

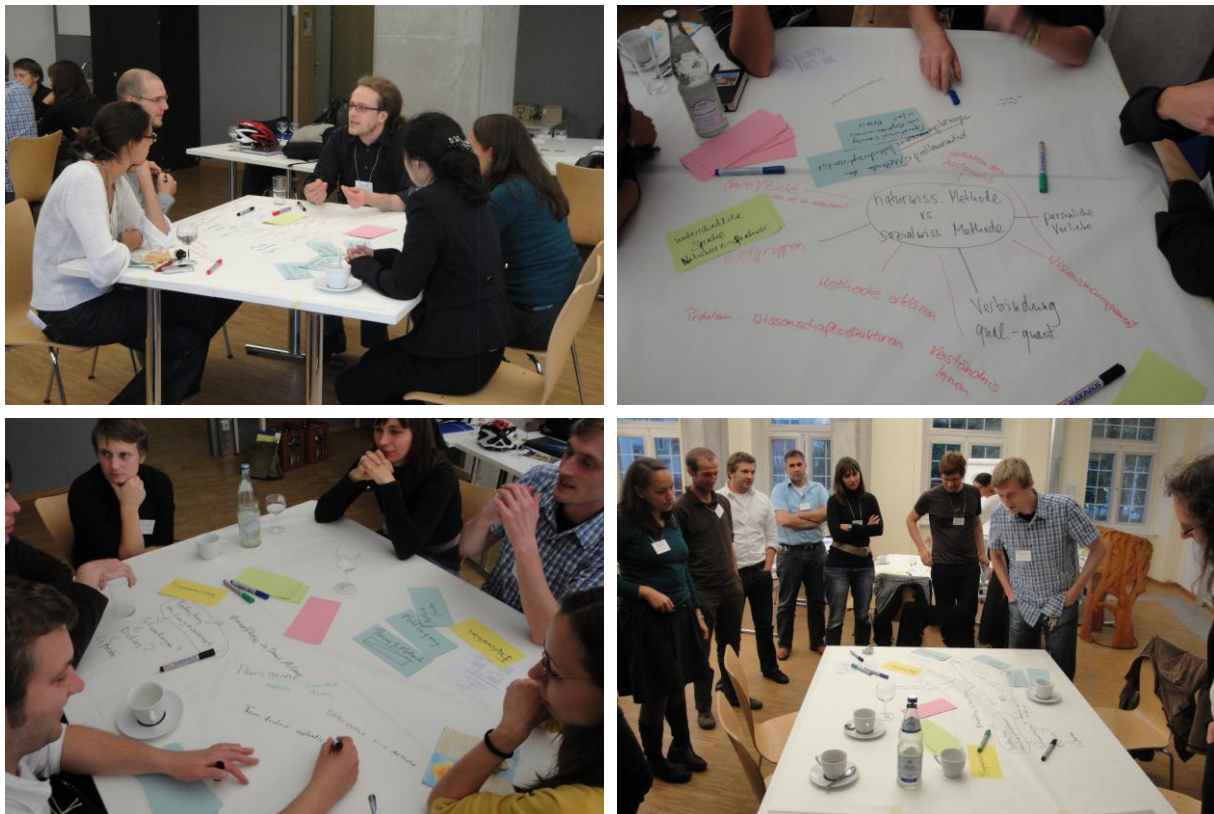
Im letzten Vortrag beschäftigte sich **Kristin Nicolaus** mit der „Partizipation an der Gestaltung von Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen“. Sie stellte die Idee und das Konzept ihrer beginnenden Forschungsarbeit am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung vor. Dabei wird, wie im vorigen Vortrag, die Bevölkerung in den Mittelpunkt gerückt. Dies erfolgt jedoch nicht aus der Perspektive des allgemeinen öffentlichen Meinungsbildes, sondern aus einer ganz konkreten Perspektive von Bevölkerungsbeteiligung. Untersucht werden die Möglichkeiten und Formen der Beteiligung an der Gestaltung von *Payments for Ecosystem Services* (PES). Die *Payments for Ecosystem Services* sind ein System des Zahlungsaustausches für den Erhalt von ökosystemaren Leistungen und sollen durch finanzielle Anreize zum Erhalt von Umwelt- und Natureigenschaften führen. Dabei wird in der Literatur auf verschiedene Kritikpunkte bzgl. der PES aufmerksam gemacht, unter anderem die geringen Partizipationsmöglichkeiten bei der Gestaltung des Instruments. Die Frage nach Legitimität, die bei existierenden Analysen im Rahmen ökonomischer Theorien weniger im Vordergrund steht, wird von Kristin Nicolaus mit Hilfe der Theorie deliberativer Politik aufgegriffen. Entsprechend stellt sich die Autorin die Frage, wie deliberative Politik den Blick auf PES verändern kann. Für die Untersuchung der Beteiligung an der PES-Gestaltung sollen verschiedene Methoden angewandt werden: Eine Online-Umfrage soll die Frage klären, ob und wie Organisationen partizipative und/oder deliberative Ansätze nutzen, um PES zu gestalten. Eine qualitative vergleichende Analyse soll Muster partizipativ-diskursiver Ansätze und den Erfolg von PES ans Licht bringen sowie der Thesenbildung und Überprüfung der Forschungsfragen dienen. Mit Hilfe einer kontrastierenden Fallanalyse soll die Strukturlogik hinter den Prozessen erkannt und bewertet werden.

Die Kommentierung übernahm Dr. **Sandra Rajmis** (Institut für Forstökonomie, Universität Freiburg), die sich unter anderem der Frage nach einem adäquaten Partizipationssystem in Bezug auf Umweltbelange widmete und hier vor allem der Frage nachging, wie man Partizipation in Bezug auf Umweltbelange in einem sozioökonomischen Kontext messen beziehungsweise quantifizieren kann und welche Probleme - aber auch Chancen - sich hieraus ergeben können.

3. World Cafe

Neben den Vorträgen, Kommentierungen und Diskussionen fand im Rahmen der 7. NGU-Tagung auch ein World Cafe statt, in dem es darum ging, sich über disziplinäre und methodische Ansätze hinweg über Forschungsmethoden und in der konkreten Forschungsarbeit erlebte Vorkommnisse auszutauschen. Zu der Frage „Welche Herausforderungen stellen sich euch in euren Forschungsprojekten?“ wurden zunächst Anregungen der TeilnehmerInnen gesammelt. Diese wurden nach thematischen Schwerpunkten gebündelt und anschließend jeweils an einem Cafétisch diskutiert.

Einige Gedanken, Hinweise, Fragen sowie „Lösungswege“ haben wir dokumentiert:



4. Resümee

Dem allgemein gehaltenen Titel der Tagung gemäß fiel das abgedeckte Fragen- und Themenspektrum der Beiträge breit aus, spiegelt damit aber gleichsam auch eine Eigentümlichkeit der Soziologie im Allgemeinen und der Umweltsoziologie im Speziellen wider, die, insbesondere wenn sie das Konzept der Nachhaltigkeit in den Fokus stellt, soziologisch-konzeptionell eher unspezifisch bleibt. Dazu dürfte beitragen, dass das Nachhaltigkeitskonzept zwar den Anspruch hat, eine die gesamte Gesellschaft auf allen Ebenen umfassende Leitidee zu sein, gerade deswegen aber häufig blass bleibt.

Entsprechend vielfältig sind die Kontexte, innerhalb derer das Thema „Nachhaltigkeit“ soziologisch „beackert“ wird: Wald, Agrarwirtschaft, Biodiversität, Klima, Abfall, Energiewirtschaft, Konsumverhalten und viele mehr.

Wie mit dem im Rahmen des Eröffnungsvortrages aufgeworfenen Schlagwort der „Einbettung“ betont wird, ist Handeln und Entscheiden in Nachhaltigkeitsfragen auf allen gesellschaftlichen Ebenen in soziale und natürliche Bezugssysteme integriert. Gesellschaftliches Handeln wird einmal ermöglicht und begrenzt durch lokal variable natürliche Bedingungen, d.h. es ist Dynamiken hydrologischer, atmosphärischer und biologischer Systeme ausgesetzt sowie der Verfügbarkeit und natürlichen Begrenztheit von Ressourcen, wie fossilen Brennstoffen. Zum anderen ist Handeln in soziale (z.B. institutionelle und kulturelle) Systeme eingebettet, die lokal wiederum divergierende Formen annehmen können. Ambiguitäten zwischen unterschiedlichen Ebenen und Sphären (z.B. zwischen Wirtschaft und Politik) mögen dabei potentielle Handlungsräume weiter verengen. In dieser Hinsicht stellt die enge Verzahnung zweier traditionell separat konzeptionalisierter und wissenschaftlich beforschter Sphären von Gesellschaft und Umwelt eine besondere epistemologische und methodische Herausforderung für die Umweltsoziologie dar. Zum einen erhebt die Disziplin den von ihren Ziehv Vätern und -müttern, wie Catton und Dunlap² (oder im deutschsprachigen Raum Karl-Werner Brand³), erhobenen Anspruch auf „integrativere“ Forschungsansätze, die eine „systemische“ Beantwortung der Frage nach den expliziten Handlungs- oder Interventionsmöglichkeiten innerhalb dieses Geflechts erlauben. Das Aufspüren konkreter Stellschrauben im größeren Zusammenhang sozialer und natürlicher Strukturen stellt entsprechend ein, wenn nicht das, zentrale Projekt angewandter sozialwissenschaftlicher Umweltforschung dar. Zum anderen sind der Möglichkeit alle Bezugssysteme methodisch und thematisch in gleicher Weise zu erfassen, forschungspraktisch aufgrund der hohen Komplexität Grenzen auferlegt. Damit erscheint eine Fokussierung auf Teil- oder Subsysteme oder thematische Schwerpunkte wie Klima sowie die Auswahl spezifischer theoretischer und methodischer Zugänge zwangsläufig.

Während der *eine* Königsweg der integrativen Nachhaltigkeitsforschung in individuellen Forschungsvorhaben wenig realisierbar erscheint, konnte im Rahmen der 7. NGU-Tagung verdeutlicht werden, wie wichtig bei aller Unterschiedlichkeit in den Herangehensweisen in den verschiedenen soziologienahen Disziplinen und „Methodencamps“ doch der Dialog zwischen diesen – auch über Forschergenerationen hinweg – ist. Hierin sieht die Nachwuchsgruppe Umweltsoziologie nicht nur einen wesentlichen Auftrag, sondern auch eine besondere Verantwortung.

Freiburg im Breisgau, November 2010

Fenn Faber
Marion Jay
Sabine Reinecke
Till Westermayer

² Catton, William R. / Dunlap, Riley E. (1979): »Environmental Sociology«, in Annual Review of Sociology, 5 (1979), S. 243-273.

³ Brand, Karl-Werner (1997): »Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projekts der Moderne unter dem Leitbild 'Nachhaltige Entwicklung'. Zur Einführung«, in ders. (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen: Leske + Budrich, S. 9-32.